

Der Terror von Halle - eine Zäsur für uns alle!

Wir sind tief betroffen von dem Anschlag in Halle am 09.10.2019. Er stellt eine Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Dieser rechtsextremistische und antisemitische Terror ist ein Angriff auf alle Demokratinnen und Demokraten. Hilferufe wurden nicht gehört und die Unterstützung war mangelhaft. Ein Massaker wurde von einer Holztür verhindert. Nicht von der Polizei.

Es kann und darf nicht sein, dass in einem Land wie Deutschland der Aufschrei nach solchen Vorfällen groß ist, aber schnell auch wieder verpufft. Politiker*innen äußern sich nach rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen überrascht und als ob diese unvorhersehbar gewesen wären. Wir als Allianz haben vor dieser Entwicklung jahrelang gewarnt!

Wir erinnern uns, wie durch das Auffliegen des NSU die Bereitschaft und die Zusicherungen groß waren, das dahinterstehende Netzwerk auszuheben und umfassend aufzuklären. Seitdem sind acht Jahre vergangen, in denen zu wenig passiert ist. Wir stehen nach jeder rechtsextremen Tat wieder fassungslos da.

Wir sagen als Allianz gegen Rechtsextremismus, dass ein Punkt erreicht ist, an dem endlich nachhaltig und vorausschauend Politik gegen Hass, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gemacht werden muss.

Aufgrund anhaltender rechtsextremistischer Gewalttaten und Morde fordern wir:

- Die Einzeltäterdebatte, die nun nach dem Anschlag in Halle geführt wird, ist falsch und redet das Problem klein. Dahinter stehen Netzwerke, die auch international gut vernetzt sind. Es gilt, diese Netzwerke zu zerschlagen und keine scheinheilige Debatte über Einzeltäter zu führen.
- Über die Jahre wurden rechtsextreme und sich radikalisierte Parteien unter dem Vorwand der politischen Neutralität toleriert. Bei der Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte und der Menschenrechte gibt es keine politische Neutralität. Wir müssen alle im Alltag klar Kante und Gesicht zeigen gegen jegliches rechtsextreme Gedankengut und verdeutlichen, dass wir Demokrat*innen die Mehrheit sind!
- Selbst wenn eine Partei demokratisch gewählt ist, heißt das nicht, dass sie auch demokratische Grundwerte vertritt. Die AfD und andere rechtsextreme Organisationen haben zum Ziel, die Demokratie zu zerstören. Wenn Parteien selber die demokratischen Grundwerte mit Füßen treten, verwirken sie das Recht, diese für sich in Anspruch zu nehmen.

- Die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten hat den Nährboden für Taten wie in Halle geebnet. Obwohl sich die Vertreter*innen der Partei nun mit heuchlerischer Betroffenheit äußern und den Anschlag vermeintlich verurteilen, benennen wir klar, dass solche Aussagen und Taten ohne die AfD nicht in diesem Ausmaß möglich geworden wären. Aus Worten wurden Taten.
- Alle rufen: „Wehret den Anfängen!“. Die Zeit für diese Aussage ist längst vorbei! Die AfD in unserem Bundestag, in unserem Europaparlament und unseren Landtagen, das Oktoberfestattentat, die NSU-Morde, der Lübcke-Mord, Warnungen an Juden, eine Kippa zu tragen etc.: Das alles sind Entwicklungen der letzten Jahre, nach denen zu wenig passiert ist. Wurde also wirklich den Anfängen gewehrt? Wir fordern klare Worte seitens der politisch Verantwortlichen, Rechtsextremismus endlich als strukturelles Problem unserer Gesellschaft wahrzunehmen und entsprechend zu handeln.
- Die Medien müssen ihrer demokratischen Verantwortung gerecht werden und dürfen Menschen- und Demokratiefeinden keine Plattform bieten. Es ist für uns völlig unverständlich, dass der BR zur Sendung „Jetzt red i“ zum Thema „Hetze, Gewalt, Mord – Die unterschätzte Gefahr von Rechts?“ die AfD auf das Podium einlädt. Hier werden die Brandstifter zum Löschen eingeladen.
- Wir stehen ohnmächtig da angesichts der vielen Hasskommentare, die auch im Netz kursieren. Die Sprache, die dort verwendet wird, verbreitet sich unter dem Deckmantel der Anonymität rasant. Wir sind alle aufgefordert, der Verrohung der Sprache entgegenzutreten und müssen dabei unseren eigenen Sprachgebrauch überprüfen. Dies gilt auch für die Rechtsprechung. Urteile wie im Falle Künast setzen die falschen Signale.
- Alle Gerichte und Staatsanwaltschaften stehen in der Verantwortung, die demokratischen Werte zu verteidigen. Wir können nicht bei jeder Entscheidung diesen Willen erkennen. Warum sagt ein Gericht in Münster zum Beispiel, dass die Parole „Nie, nie, nie wieder Israel!“ keine Volksverhetzung ist?!
- Wir fordern eine sinnvolle personelle Aufstockung der Sicherheitsbehörden und eine bessere Ausbildung bei der Polizei zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Genauso wichtig sind traurigerweise technische Sicherungen und Absperrungen bei Synagogen und Moscheen.
- Wir brauchen einen Diskurs über unser Bildungssystem, der beinhalten muss: Demokratiebildung, Medienbildung, Menschenrechtsbildung und interkulturelle Bildung. Für eine nachhaltige Veränderung brauchen wir eine andere Mittelausstattung. Auch die letzte Shell-Jugendstudie zeigt, dass Bildung der Schlüssel ist für die Entwicklung von Werten, die sich positiv auf das Zusammenleben auswirken.
- Rechtsextremist*innen sind Trittbrettfahrer der sozialen Frage. Wer Rechtsextremismus bekämpft, muss Antworten auf die sozialen Fragen finden. Wir

fordern mehr Solidarität statt Spaltung und Ausgrenzung.

- Wir brauchen ein besseres Miteinander der Religionen und Kulturen. Dafür ist mehr Wissen und Raum für Begegnungen nötig.
- Für die Opfer von rechter Gewalt und Diskriminierung braucht es auf Landes- und kommunaler Ebene unabhängige Beratungsstellen für Antidiskriminierung und einen besseren Opferschutz.
- Das „Bayerische Handlungsprogramm gegen Rechtsextremismus“ muss endlich mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden. Im Kampf gegen Rechtsextremismus muss das Land Bayern seiner Verantwortung gerecht werden.
- Wir fordern eine dauerhafte strukturelle Förderung von Demokratieprojekten. Es kann und darf nicht sein, dass Netzwerke und Akteur*innen der Demokratieförderung jedes Mal vor dem Problem stehen, wie eine Finanzierung für das darauffolgende Jahr gestemmt werden kann. Um die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus nachhaltig zu unterstützen, braucht es ein Demokratiefördergesetz.